

Klausur der Fraktion DIE LINKE Berlin

Freitag, 5. März 2021

Anne Helm & Carsten Schatz, Fraktionsvorsitzende,
Steffen Zillich, parlamentarischer Geschäftsführer:

Vom Heute für Morgen lernen

I. Anforderungen an eine widerstandsfähige Gesellschaft

Seit einem Jahr prägt die Corona-Pandemie unser gesellschaftliches Leben in so tiefgreifender Art und Weise wie wohl kein anderes Ereignis seit dem Ende der Nachkriegszeit. Derartig große, schwerwiegende Epidemien liegen in Deutschland so weit zurück, dass dafür kaum noch Erfahrungen bei den heute hier Lebenden vorliegen. Ähnlich wie große Naturkatastrophen waren das für die für die politisch Verantwortlichen und ebenso für die meisten Bürgerinnen und Bürger bisher Ereignisse, die entweder weit weg von hier oder aber allenfalls lokal begrenzt stattfanden. Theoretisch denkbar, aber für die eigene Praxis von geringer Relevanz, so in etwa kann man die Vorbereitung in Deutschland auf das Auftreten dieser Virus-Pandemie beschreiben. Dem entsprechend schleppend und manchmal chaotisch reagierte die Politik am Beginn des Ausbruchs in Europa und fremdelten Bürgerinnen und Bürger immer wieder mit den getroffenen Maßnahmen - anders als in anderen Regionen der Welt, in denen in der jüngeren Vergangenheit bereits Erfahrungen mit vergleichbaren Virusepidemien gesammelt wurden.

Doch war es keineswegs nur diese Unterschätzung möglicher Gefahren, weshalb die Pandemie die westlichen Industrienationen weitgehend unvorbereitet traf. Mehr als zwei Jahrzehnte neoliberaler Umgestaltung haben das Gesundheitswesen vor allem ökonomischen Effizienzkriterien unterworfen und dabei nicht nur die nun viel beklagte personelle Unterausstattung in Krankenhäusern und Pflegeheimen verschärft. Auch die Vorhaltung wichtiger Schutzmaterialien und -ausrüstungen wurde aus Kostengründen wegrationalisiert. Noch 2019 empfahl eine Studie der Bertelsmann-Stiftung die Reduzierung der Anzahl an Krankenhäusern in der Bundesrepublik von 1400 auf deutlich unter 600¹. Die durch Steuersenkungen lange Zeit unterfinanzierten öffentliche Haushalte hatten einen personellen Aderlass auch im Öffentlichen Gesundheitsdienst zur Folge, von dem dieser sich bis heute nicht erholt hat und sich nun in dessen begrenzter Fähigkeit, Kontakte nachzuverfolgen, niederschlägt.

¹ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/eine-bessere-versorgung-ist-nur-mit-halb-so-vielen-kliniken-moeglich>

Damit sind beispielhaft die zwei Seiten beschrieben, um die es in Vorbereitung und Reaktion auf einerseits absehbare, andererseits – was den genauen Zeitpunkt des Auftretens betrifft – unerwartet auftretende Krisen betrifft. Eine schnelle und wirksame Reaktion ist nur möglich, wenn zum einen Bürgerinnen und Bürger bereit sind, ihr gewohntes Verhalten zu ändern und sich dabei der Notwendigkeit dessen bewusst sind. Hierfür braucht es Offenheit und Aufklärung, ebenso logisch begründete, wie alltagstaugliche Regeln und nicht zuletzt Hoffnung dadurch die Notlage zu überwinden. Als Linke beharren wir darauf, dass sowohl bei der Entscheidung über als auch bei der Durchsetzung angepasster Verhaltensnormen demokratische Normen eingehalten und Grundrechte geachtet werden.

Zum anderen muss die öffentliche Daseinsvorsorge auf solche Situationen vorbereitet und entsprechend ausgestattet werden. Und auch darüber hinaus gilt es gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die es allen ermöglichen, die erforderlichen Verhaltensänderungen vorzunehmen, ohne dadurch sozial abzustiegen oder gar in existenzielle Probleme zu geraten. Es wird zu den großen politischen Herausforderungen in diesem Jahrzehnt gehören, nicht nur mit Blick auf die aktuelle oder die nächste Pandemie, sondern vor allem auch hinsichtlich der drohenden Klimakrise entsprechende gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen.

In der Krise sind nicht alle gleich

Wir haben schon zu Beginn der Pandemie darauf hingewiesen, dass die sozialen Ungleichheiten in der Krise nicht verwischt werden, sondern vielmehr noch deutlicher zu Tage treten. Deshalb überrascht nicht, dass eine Studie der Senatsverwaltung für Gesundheit nun bestätigte, dass die Infektionszahlen in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Transferleistungsempfängenden signifikant höher ausfallen und die Inzidenzen in Bezirken mit einem hohen durchschnittlichen Haushaltseinkommen tendenziell niedriger liegen.² Es liegt nahe zu vermuten, dass dies auf deutlich beengtere Wohnverhältnissen ärmerer Menschen zurückzuführen ist. Aber auch der Umstand, dass es häufig die niedrig entlohten Jobs sind, die nicht ins Homeoffice verlegt werden können, dürfte hiermit im Zusammenhang stehen. Oder auch die Frage, wer sich in den vergangenen Monaten zum Schutz des eigenen Umfelds einen Schnelltest oder eine FFP2-Maske leisten konnte.

Zugleich gibt es Hinweise, dass Menschen, die mit geringen finanziellen Ressourcen auskommen müssen erheblich häufiger schwer an COVID-19 erkranken, da sie häufiger durch

² <https://www.berlin.de/sen/gpg/service/presse/2021/pressemitteilung.1049957.php>

andere Krankheiten vorgeschädigt sind.³ Armut führt auch ohne Pandemie, aufgrund zu meist ungesunderer Lebensverhältnisse zu häufigeren Erkrankungen sowie geringerer Lebenserwartung.

Somit zeigt sich, dass was in der „Normalität“ bereits gilt, in der Krise umso wichtiger wird: Es bedarf einer solidarischen und leistungsfähigen öffentlichen Daseinsvorsorge, um besseren Schutz für alle Menschen zu ermöglichen.

Auf einige, aus unserer Sicht drängende Aufgaben in diesem Zusammenhang, soll hier im Folgenden skizziert werden, ohne dabei dem Anspruch auf Vollständigkeit gerecht werden zu können.

Gesundheitswesen

Auch wenn sich konstatieren lässt, dass bundesdeutsche Gesundheitswesen angesichts der Pandemie insgesamt und das in Berlin nochmal in besonderer Form als bemerkenswert anpassungs- und leistungsfähig erwiesen hat, zeigten sich im Stresstest der Pandemie doch zugleich eklatante Probleme. An erster Stelle ist hierbei der Personalmangel in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen sowie im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zu nennen, der bereits zuvor immer wieder Anlass für Kritik war und nun schwerwiegende Folgen hatte. So musste infolge der Konzentration auf die hohe Zahl an COVID-19-Patient*innen die medizinische Versorgung vor allem der Krankenhäuser in anderen Bereichen zurückgefahren werden. In Pflegeeinrichtungen verzeichnen wir überproportional hohe Infektions- und Sterberaten. Der ÖGD war bei rapide steigenden Inzidenzzahlen schnell mit Kontaktnachverfolgung überfordert und ist seit einem Jahr faktisch an die Erfüllung seiner sonstigen Aufgaben gehindert.

In all diesen Bereichen wird sich der Mangel nur dann beheben lassen, wenn sich sowohl die Gehälter erhöhen als auch die Arbeitsbedingungen verbessern. Mehr Personal mit besseren Gehältern erfordert eine bessere finanzielle Ausstattung. Unmittelbar bedeutet das, den medizinischen und Pflegeeinrichtungen die pandemiebedingten Mehrkosten für Tests, Schutzausrüstungen, Vorhaltung von Intensivbetten usw. usf. in realer Höhe zu erstatten. Nicht nur, aber auch für Berlin bedeutet das, seine Investitionen in die Krankenhäuser zu erhöhen. Diese müssen die realen Kosten in die medizinische Infrastruktur decken. Bundesweit brauchen wir eine Abkehr von dem System der Fallpauschalen hin zu einer Finanzierung, bei der die für das Wohl der Patient:innen notwendigen medizinischen Leistungen im Mittelpunkt stehen und nicht, wodurch sich bei den Krankenkassen mehr abrechnen lässt.

³ Der Soziologe Nico Dragano spricht von einem 94 Prozent höherem Risiko für Langzeitarbeitslose gegenüber Menschen in einem regulären Beschäftigungsverhältnis. <https://taz.de/Soziologe-ueber-Corona-und-soziale-Spaltung/!5752996/>

Generell ist nicht nur dabei die Trägerschaft für medizinische Einrichtungen durch gewinnorientierte Unternehmen zu hinterfragen, deren Interesse vor allem einerseits in einer teuren Leistungserbringung besteht und andererseits in einer Senkung der Kosten insbesondere beim Personal.

Ähnliche Fragen stellen sich für den Bereich der medizinischen Forschung und der Bereitstellung von Arznei- und Heilmitteln, Diagnostik und Medizinprodukten sowie von Schutzausrüstungen. Gesellschaftsbedrohende Notlagen dürfen nicht für private Profite ausgenutzt werden können. Die Anwendung der hierfür vorhandenen Eingriffsrechte des Staates von der Preisfestsetzung, über die Produktionsanordnung bis hin zur Vergesellschaftung von Einrichtungen darf kein Tabu sein.

Mit der Erhöhung der Stellenzahl im ÖGD und der Anhebung der Gehälter im Öffentlichen Dienst allgemein und für Ärzte im ÖGD nochmal besonders, sind wir als R2G in dieser Legislaturperiode bereits wichtige Schritte gegangen. Dennoch sind immer noch zu viele Stellen nicht besetzt. Zudem gilt es die Gesundheitsämter technisch weiter besser auszustatten. Als eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit der Pandemiebekämpfung sollten wir Krisenpläne entwickeln, in denen u.a. festgeschrieben wird, wie die Gesundheitsämter in Krisensituationen schnell personell verstärkt werden können. Neben Mitarbeiter:innen aus anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes könnten sich hierfür auch Freiwillige registrieren und ausbilden lassen (Prinzip Freiwillige Feuerwehr oder Bundeswehrrreserve). Zudem brauchen wir Konzepte wie in solchen Situationen schnell genügend Räume und Technik zur Verfügung gestellt werden können.

Sozialstaat

Auf den ersten Blick könnte auch hier der Eindruck entstehen, dass sich der bundesdeutsche Sozialstaat in der Pandemie als weitgehend stabil erwiesen hat. Durch die bestehenden Kurzarbeitsregelungen konnte bisher insbesondere der Anstieg der Arbeitslosenzahlen gedämpft werden. Doch auch hier gilt: Das Versprechen niemanden in der Krise fallen zu lassen, erwies sich schnell als brüchig und ihre Folgen bekamen vor allem jene zu spüren, die ohnehin schon prekär und/ oder im Niedriglohnsektor beschäftigt oder ohnehin schon auf staatliche Unterstützung angewiesen waren.

Besonders betraf das einen großen Teil der bundesweit 2,3 Millionen Soloselbständigen, denen buchstäblich von einem Tag auf den anderen die Existenzgrundlage entzogen wurde. Für diese ist, ebenso wie für viele Kleinstselbständige, im deutschen Sozialsystem lediglich Hartz IV oder Grundsicherung vorgesehen und dementsprechend waren dann auch die Bundeshilfen ausgestaltet. In Berlin wurde insbesondere während der ersten Welle noch versucht diese Lücke zu schließen, doch mit anhaltender Dauer der Pandemie, stieß hier der Senat schnell an seine finanziellen Grenzen. Entscheidender als eine bessere Berücksichtigung bei den Hilfen ist für die Zukunft aber, diesen Sektor in das Sozialsystem zu integrieren,

beispielsweise durch eine (europäische) Arbeitslosenversicherung für alle Erwerbstätigen, einem Kurzarbeitsgeld auch für Soloselbständige, der Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen für die Alters- und Gesundheitsvorsorge.

Als ungenügend muss auch die Unterstützung von im Niedriglohnsektor Beschäftigten und Transfergeldempfangenden in der Krise bezeichnet werden. Für Erstere muss im Falle von Kurzarbeit mindestens ein deutlich höherer Anteil des Gehalts weitergezahlt werden als bei oberen Lohngruppen. Für diejenigen, die Transferleistungen nach SGB beziehen braucht es neben einer generellen Erhöhung der Hilfesätze in Krisenzeiten einen regelmäßigen Zuschlag, um die steigenden Lebenshaltungskosten, Zusatzkosten durch Schutzmaßnahmen und den Wegfall anderer Unterstützungsleistungen zu kompensieren. Dabei müssen Familien und Alleinstehende mit Kindern (meistens Frauen) besonders unterstützt werden.

Je länger Krisen andauern, desto bedeutsamer wird eine Verstärkung der Beratungs- und Hilfsangebote von psychologischen bis zur Schuldenberatung, Angebote der Jugendhilfe und zum Schutz vor häuslicher Gewalt (meist Frauen und Kinder), Suchthilfe u.v.a.m. In all diesen Bereichen sollten Szenarios erarbeitet werden, die eine Fortführung und Ausweitung der Angebote auch unter den Bedingungen einer Krise zum Ziel haben. Durch eine City-ID kann Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus der Zugang zu lebenswichtiger Unterstützung gesichert werden.

Obdachlosigkeit ist auch ohne Pandemie für die Betroffenen und die Gesellschaft eine permanente Krise, die es am besten zu überwinden gilt. Auf dem Weg dahin gilt es Fortschritte, wie beispielsweise die Einrichtung von 24/7-Unterkünften über das Ende der Pandemie hinaus zu erhalten. Gerade auch mit Blick auf häufiger werdende Extremwetterlagen (heiße Sommer, Stürme, aber auch starke Kältephasen im Winter) wird es auch in Zukunft besonderer Unterstützungsangebote bedürfen.

Städtische Infrastruktur

Beengte Wohnverhältnisse haben schon von jeher in der Geschichte der Menschheit die Ausbreitung von Krankheiten befördert, besonders wenn diese noch mit mangelnden hygienischen Bedingungen und die Gesundheit belastenden Umwelteinflüssen verbunden waren. Und so waren es nicht zuletzt verheerende Epidemien die beispielsweise den Bau moderner Abwasserkanalisationen als Form der öffentlichen Daseinsvorsorge vorantrieben. Die Entstehung moderner Siedlungen Anfang des vorigen Jahrhunderts markierte die Abkehr von den überfüllten Mietskasernen und sollte den Bewohner:innen Zugang zu Licht, Luft und Sonne verschaffen. Gesunde Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen, aber auch zu erhalten, bleibt auch heute eine Aufgabe, wenn wir neue Stadtquartiere oder die Nachverdichtung in alten planen.

Mit Blick auf die Klimaerwärmung gilt es bereits heute deren mögliche Effekte in 20, 30 oder 50 Jahren zu berücksichtigen und wie diesen durch eine entsprechende Architektur nachhaltig entgegen gewirkt werden kann. Der Erhalt großer Grünflächen in der Stadt ist nicht nur zur Luftreinigung, Sauerstoffproduktion und Temperatursenkung wichtig, sie bieten auch, wie wir gerade in der Pandemie erleben, vielen Menschen Gelegenheit sich draußen sicher aufzuhalten. Wie groß der Bedarf daran gerade in den dichter besiedelten, innerstädtischen Bereichen ist, kann man an einem schönen Wochenende nicht nur im Mauerpark beobachten.

Auch die viel diskutierten Pop-up-Radwege sind mehr als lediglich eine vorübergehende Erscheinung in den Zeiten der Pandemie. Sie sind ein Vorgriff auf eine beginnende und für eine krisenresiliente Stadt notwendige Umgestaltung des Straßenverkehrs, in der die Dominanz des motorisierten Individualverkehr, insbesondere des auf Verbrennungsmotoren basierenden, immer weiter zurückgedrängt werden muss, zugunsten von klima- und eben auch gesundheitsfreundlicheren Alternativen. Deren wichtigste Säule bildet dabei ein möglichst emissionsfreier ÖPNV. Denn auch wenn dieser in der Pandemie als möglicher Ansteckungsort etwas in Verruf geraten ist, wird es ohne diesen keine nachhaltige und somit auch gesunde Mobilität geben.

In ähnlicher Hinsicht lässt sich der Umbau der Energieversorgung von einer fossilen hin zu einer regenerativen einordnen. Auch hier zeigt sich, dass Umweltschutz gleichzeitig immer auch Gesundheitsschutz ist. Aber auch in anderer Hinsicht kann ein solcher Umbau zu mehr Widerstandsfähigkeit in Krisensituationen führen. Wenn er nämlich auf eine vielfältige, dezentrale Energieerzeugung setzt, bei der Ausfälle in einzelnen Bereichen durch andere besser kompensiert werden können. Dies wird sich am besten, auf Basis einer öffentlichen, nicht privaten Profiten dienenden Infrastruktur organisieren lassen.

Wirtschaft und Erwerbsarbeit anders gestalten

Nach der Corona-Krise gilt es die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen und gleichzeitig Schlussfolgerungen im Hinblick auf zu erwartenden und unerwartet auftretende Krisen zu ziehen.

Arbeitsschutz, das hat Corona gezeigt, muss einen viel höheren Stellenwert erreichen. Dies betrifft sowohl die Büroarbeitsplätze als auch jene im Dienstleistungs- und produzierenden Gewerbe. Hygiene- und Arbeitsschutzregeln stringent einzuhalten und gleichzeitig Ressourcen- und Schadstoffarm zu produzieren wird im Hinblick auf Resilienz eine zentrale Herausforderung sein.

Wenn sich in der Corona-Krise gezeigt hat, dass ein Teil derjenigen die Homeoffice machen können, dies auch nach der Krise mindestens teilweise fortführen wollen hat das Auswirkungen auf die Auslastung von Büros. Dies kann auch zu einem Trend führen, bei dem statt

großer Bürotürme oder Firmenzentralen eine dezentrale Firmen- und Bürostruktur entsteht, in welcher gerade auch im Hinblick auf den Arbeitsschutz bessere Regelungen möglich sind.

Die gerade für Berlins Wirtschaft zentralen Bereiche des Tourismus und der kreativen Dienstleistungen müssen wieder hochgefahren und dennoch teilweise anders gestaltet werden. Nachhaltiger Tourismus auf der einen Seite und Neukonzeption von Hotelnutzungen auf der anderen Seite müssen kein Widerspruch sein. Digitale Formate im Kulturbereich und krisensichere Angebote im Kulturbetrieb auf der anderen Seite ebenfalls nicht.

Beteiligung und Demokratie gewährleisten

Ein Verständnis für Krisen und daraus folgenden Maßnahmen entwickelt sich, wenn Fakten leicht recherchier- und verfügbar sind und den Maßnahmen ein öffentlicher Diskurs vorausgeht, der die gesamte Gesellschaft erfasst. Gleichzeitig scheint es uns erforderlich, dass nicht nur die politischen Entscheidungsträger:innen in die Lösungs- oder Vorsorgefindung einbezogen werden, sondern die Bürger:innen selbst Einfluss nehmen können.

Wir unterstützen die Idee eines Klima-Bürger:innen-Rates, in welchem ausgeloste Bürger:innen möglichst aller Klassen und Schichten ihre Vorschläge und Ideen einbringen. Dies schärft die Sensibilität für die Sorgen und Nöten der Nachbar:innen und bietet die Chance, unterschiedliche Lebenslagen zu berücksichtigen. Gleiches können wir uns auch bei anderen Entscheidungsfindungsprozessen vorstellen, beispielsweise im Rahmen einer klimagerechten und pandemiefesten Planung von Stadtquartieren.

Schließlich zeigen die ersten Erfahrungen mit dem Covid-Parlamentsbeteiligungsgesetz in Berlin, dass eine tatsächliche Mitsprache von demokratisch gewählten Parlamenten einen Beitrag zu weniger grundrechtsinvasiven Lösungen bei der Bekämpfung von Krisen leisten können. Demokratie als Wesenskern der Gesellschaft und das Grundgesetz als Kompass haben besonders in Krisen einen eigenen Wert und sind unabdingbar.

II. Investitionen in wesentliche Bereiche – ermöglichen

In den nächsten Jahren wird es vor allem darauf ankommen, Investitionen zu tätigen um die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Wird hier nicht weitsichtig gehandelt, werden neue Krisen und insbesondere der Klimawandel nicht nur zu sozialen Verwerfungen, sondern auch zur Unterhöhlung des Staates führen – mit allen Konsequenzen.

Digitalisierung

Alle reden von Digitalisierung und das ist auch nötig. Die Pandemie hat gezeigt wieviel Potential die Digitalisierung hat und wo die Versäumnisse der Vergangenheit liegen. In fast jedem Bereich hat die Pandemie deutlich gemacht, was an Infrastruktur aber auch an „Wissen und Anwendung“ fehlt.

Homeoffice ohne stabile Internetverbindung ist ebenso wenig möglich, wie Wahrnehmung digitaler Angebote der Verwaltung – wenn es sie überhaupt gibt. Die Abhängigkeit von großen Internetkonzernen oder datenschutzrechtlich bedenklichen Anbieter:innen wird nicht gelingen, wenn es nicht eine Bildungsoffensive und niedrigschwellige Angebote zum Erlernen digitaler Techniken und Anwendungen gibt.

In dem Maße wie der Zugang zu Wissen, Bildung, Kultur und öffentlichen Leistungen von der Verfügbarkeit über eine digitale Infrastruktur und Ausstattung abhängt, muss zudem gewährleistet werden, dass alle Menschen über diese in ausreichendem Umfang verfügen können.

Es gilt in den nächsten Jahren die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Möglichkeiten der Digitalisierung zu schaffen und gleichzeitig alle Menschen mitzunehmen.

Bildungswesen

Insbesondere die Schüler:innen hatten unter der Corona-Pandemie zu leiden. Der Kontakt zu Mitschüler:innen war ebenso beschränkt, wie durch Homeschooling der Sozialraum Schule fehlte und die Vermittlung von Wissen nur eingeschränkt möglich war. Auch infrastrukturelle Mängel wurden in der Pandemie deutlich.

Es kommt wesentlich darauf an in eine resiliente Schule zu investieren. Dabei ist auch Kreativität gefragt. Der Neubau von Schulen, ebenso wie die räumliche Ausstattung derselben und die Möglichkeit der Einhaltung von Hygieneregeln muss jetzt auf die Agenda. Kleinere Räume, Schulreinigung, vernünftige Sanitäranlagen, Ausstattung mit digitaler Infrastruktur und ausreichend Grünflächen für die Pausen – das steht jetzt unmittelbar an.

Gleichzeitig muss auch die Personalsituation verbessert werden. Nur bei ausreichend vorhandenem Lehrpersonal kann auf kleinere Gruppen in mehr Räumen gesetzt werden. Die Schulen brauchen gleichzeitig aber auch Personal für die Betreuung von Digitalen Angeboten, technisches Personal (Hausmeister:innen und Reinigungskräfte) sowie Schulsozialarbeiter:innen.

Öffentliche Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung wiederum muss so aufgestellt werden, dass sie sowohl digitale Leistungen anbieten kann, als auch bei der Notwendigkeit persönlicher Anwesenheiten sicherstellt, dass Mindesthygienestandards eingehalten werden.

Auch Verwaltungsprozesse müssen an dieser Stelle einer kritischen Evaluierung unterzogen werden. Die Verlängerung des BerlinPasses beispielsweise hat hier eine Schwerfälligkeit deutlich gemacht, die nur durch engagiertes Handeln, insbesondere der Senatsverwaltung für Integration und Arbeit überwunden werden konnte.

Die öffentliche Verwaltung muss arbeitsfähig auch in Krisen sein und deshalb muss hier aus unserer Sicht kritisch geschaut werden, was es dafür benötigt und dann in die Krisenfestigkeit investiert werden.

Wirtschaft und Finanzen

Es bedarf einer umfassenden Investition in die Wirtschaftsbereiche, die Berlin getragen haben. Hier ist ein Konjunkturprogramm unerlässlich.

Im Sinne der Pandemiefestigkeit kann ein sollte ein solches Konjunkturprogramm durchaus aber an Strukturentscheidungen gekoppelt sein. Beispielsweise könnten der Tourismusbranche ökologische und soziale Kriterien auferlegt werden. Gleiches gilt für den Dienstleistungssektor.

Investitionen bedarf es vor allem auch im Bereich der Kultur. Kultur ist Lebensmittel und gehört zur Daseinsvorsorge. Dieser Gedanke zwingt gerade dazu, von der Hochkultur bis zur Kiezkultur ein Wiederaufleben zu ermöglichen – und dabei im Blick zu haben, dass eine Schließung oder ein Herunterfahren bei zukünftigen Krisen möglichst vermieden wird.

III. Finanzielle Spielräume schaffen. Wer zahlt für die Krise?

Betrachtet man die aktuellen finanziellen Schäden der Pandemie – sinkende Einnahmen durch die Schließung ganzer Wirtschaftsbereiche, drohende Insolvenzen und steigende Arbeitslosenzahlen, steigende Ausgaben für Hilfen, Unterstützungsmaßnahmen, Neustartprogramme – sind die hier vorgeschlagenen Investitionen, nicht nur der Sache nach, sondern langfristig gesehen, auch finanziell sinnvoll. Das zeigt schon das Beispiel der im vergangenen Jahr zumeist in aller Eile vorgenommenen Beschaffungen von Schutzausrüstungen aller Art, die vermutlich deutlich günstiger ausgefallen wären, wenn man gezielt Vorsorge getroffen hätte. Ganz zu schweigen davon, dass man in einer solchen Bilanz auch die längerfristigen sozialen Kosten, zum Beispiel aufgrund entgangener Bildung, veranschlagen muss.

Ein Teil der hier angeregten Maßnahmen deckt sich zwar bereits mit den von R2G ohnehin bereits für die kommenden Jahre vereinbarten Investitionsschwerpunkten, wie beispielsweise Bildung, Verkehr, Wohnen. In anderen Bereichen, wie dem Gesundheitswesen oder der Kultur, müssen Investitionen möglicherweise forciert werden. Und überall kommen durch zusätzliche Anforderungen möglicherweise noch Mehrbedarfe hinzu.

Es liegt klar auf der Hand, dass diese Herausforderungen nur die Schaffung zusätzlicher finanzieller Handlungsspielräume zu bewältigen sind. DIE LINKE hat hierzu auf Bundesebene schon länger mit einer Reihe von Vorschlägen zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, zur Reform der Erbschaftssteuer u.a. Möglichkeiten aufgezeigt. In der aktuellen Situation befürworten wir mindestens eine Einmalabgabe auf hohe Vermögen und eine längere Aussetzung der Schuldengrenze.

Ob es dazu kommt, hängt nicht zuletzt vom Ausgang der Bundestagswahlen ab. Aber wir sehen auch unter den jetzt gegebenen Bedingungen für das Land Berlin noch Möglichkeiten für eine bessere finanzielle Vorsorge, um für die beschriebenen Herausforderungen gewappnet zu sein. Ähnlich wie Bayern und NRW halten wir die Aufnahme von höheren Notfallkrediten und längere Tilgungszeiträume für richtig und machbar und werden darüber mit unseren jetzigen und ggf. auch künftigen Koalitionspartnerinnen weiter die Debatte führen.

Zugleich ändert das aber nichts daran, dass wir auch eine eigene Prioritätensetzung vornehmen sollten, die von den jetzigen Gegebenheiten ausgeht. In dieser muss aus unserer Sicht die Schaffung einer krisenfesten Daseinsvorsorge weit oben stehen. Das kann bedeuten, dass andere berechtigte Anliegen aufgeschoben werden müssen oder nicht in dem von uns gewünschten Maße finanziert werden können, bis wir uns die dafür notwendigen Handlungsspielräume erstritten haben. Ein starkes Wahlergebnis für DIE LINKE in Berlin und dem Bund dürften dafür die Chancen deutlich verbessern. Also lasst uns dafür werben.